**Zeitschrift:** Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen

Herausgeber: Emanzipation

**Band:** 3 (1977)

**Heft:** 10

**Artikel:** Frauen gemeinsam...

Autor: [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-358706

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 28.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

### Die Zeitung der Frauen fürdie Sache der Frau

Emanzipation 4057 Basel, Hammerstr. 133 Herausgeber: Organisation für die SACHE der FRAUEN Redaktion: Kathrin Bohren, Druck: ropress 10 Nummern im Jahr, 3 mal mit Magazin Im Abo. 9.50 Fr., einzeln —50 Dez. 1977

# Emanzipation

# Frauen gemeinsam

(est.) Die Lancierung der Mutter-schaftsversicherungs-Initiative ist von der OFRA an ihrem Gründungskongress beschlossen worden – das war im März 1977. Heute – Dezember 1977 – hatte die OFRA zu einer zweiten Koordinationssitzung der Organisationen, die an einer Mitlan cierung interessiert sind, eingeladen. Das Spektrum der anwesenden Frau enorganisationen war sehr breit. An-wesend waren: Bund Schweiz. Frau-enorganisationen (BSF), SP Frauenkommission, Frauenkommission des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, der Schweiz. Frauenrechtsverband, die Frauenkommission der POCH, die FBB, die Frauen des Christl. natio nalen Gewerkschaftsbundes, die Europ. Frauenunion, der SFFF (Schweiz. Frauenvereinigung für Frie den und Fortschritt), die Frauenkom-mission der PdA Basel, der Kaufmännische Verein, die Kommission der FdP "Frau und Politik", die RML, Gewerkschaftsfrauen des Tessin, so-wie der Verband der Öffentlichen Dienste (VPOD) Genf. Die Aufzählung aller Organisationen mag vielleicht nicht für alle interessant sein. Es scheint mir jedoch ausserordentlich wichtig für alle unsere Leserinnen und Leser, insbesondere natürlich für

die Mitglieder der OFRA, dass sie wissen, was mit der Initiative der wissen, was mit der Initiative der OFRA geht. Vergleichen wir die Situation vom März 77 mit heute, so müssen wir feststellen, dass zwar sehr viele Frauenorganisationen positiv auf unsere Vernehmlassung reagiert haben, dass aber die Situation für das Zustandekommen der Initiative nicht einfacher geworden ist. In der Zwi-schenzeit hat das Schweizer Stimmvolk den Abbau der Volksrechte nicht verhindern können. Heute müs sen wir 100'000 Unterschriften inner-halb von 18 Monaten sammeln. Dies bedeutet eine sehr grosse Anstren-

#### Breite Unterstützung

Alle anwesenden Frauenorganisationen an der Koordinationssitzung haben ihr grosses Interesse an der Initia-tive bekundet. Aber das heisst noch lange nicht, dass alle Organisationen bereits beschlossen haben, die Initia-tive mitzulancieren. Diejenigen Stim-men von Seiten der SP, der Gewerkschaften und auch der CVP, die ein Vorgehen auf dem Gesetzesweg im Nationalrat befürworten sind nicht zu überhören. Das Ausspielen von Ein-

zelvorstössen im Nationalrat, die ge wisse Verbesserungen innerhalb der heutigen Regelung fordern (z.B. die Motion von Frau J. Meier, CVP, die einen Schwangerschaftsurlaub von 16 Wochen fordert) gegen die Mut-terschaftsinitiative, die eine **umfas-sende Verbesserung** des Mutterschut-zes bringt, unterhöhlen die Initiative.

#### Inhaltliche Differenzen

Ausser den Differenzen über das Vorgehen – Gesetzesebene oder Initiative – bestehen auch noch inhaltliche Differenzen. Die FdP-Arbeitsgruppe verlangt z.B. in ihrem Vorschlag die Finansieren der Vorschlag der Vor nanzierung der Kosten über Beiträge der Versicherten (also der Frauen). Im OFRA-Vorschlag ist die Kostendekkung jedoch über Lohnprozente der Arbeitnehmer und Arbeitgeber (also auch der Männer) vorgesehen. Dieses Solidaritätsprinzip zwischen Männern und Frauen, verheirateten und ledigen, scheint uns ein Grundprinzip der Ini-tiative, das nicht aufgegeben werden darf. Mutterschaft soll endlich von der ganzen Gesellschaft anerkannt und ge-tragen werden. Beiträge des Bundes und der Kantone sind im Vorschlag der FdP wie auch im OFRA-Vor schlag vorgesehen.



Zur Mutterschaftsversicherungs-Initiative der OFRA: Siehe nebenstehenden Artikel

Differenzen bestehen weiterhin in der Frage des Elternurlaubes (1 Jahr). Soll er bezahlt werden oder nicht? Während an der ersten Sitzung die Stimmen für die Bezahlung noch hef-tiger waren, scheint sich heute ein ver tretbarer Kompromiss abzuzeichnen Entweder wird die Formulierung so gewählt, dass die Bezahlung offen bleibt: "Der Bund **kann** auf dem We ge der Gesetzgebung während der Dauer des Elternurlaubs die volle oder teilweise Lohnzahlung und für nicht Erwerbstätige die Taggeldzahlung vorschreiben" (Vorschlag der SP-Frauen) oder eine teilweise Zah-

lung vorschreibt, wie die Gewerk-schaftsfrauen ihren Vorschlag formu-liert haben: "Der Elternurlaub soll keine unzumutbare Lohneinbusse zur

#### Verzögerungen

In der Lancierung der Initiative wird es zu weiteren Verzögerungen kom-men. Dies ist bedauerlich, weil wir wissen wie langsam die Schweizer Demokratie-Mühlen mahlen und wie

Fortsetzung auf S. 2

SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH:

## Referendum bringt Fristenlösung nicht näher

Was wir bei der Ankündigung des Referendums gegen die 'Soziale Indi-kation' befürchtet haben, ist gesche-hen: Die Einheit der Fristenlösungs-Befürworter ist gespalten. Die einen konzentrieren ihre Kräfte darauf, die-ses Gesetz zu Fall zu bringen, die an-deren – unter ihnen die OFRA – sind der Meinung, dass es jetzt unsere Aufgabe ist, Druck aufzusetzen, damit das neue Gesetz liberal gehandhabt wird, und damit die juristische Anerkennung, dass es auch soziale Gründe für eine Abtreibung geben kann, auch in die Praxis umgesetzt

(K.B.) Mehr als erstaunt war ich, als (K.B.) Mehr als erstaunt war ich, als ich kürzlich gefragt wurde: "Unterschreiben Sie auch das Referendum; es ist für die Fristenlösung?" Natürlich zähle ich zu den Befürworterinnen der Fristenlösung und natürlich finde ich das Gesetz über die 'Soziale Indikation' auch schlecht, denn es wird piemals verbinger, dass weiter. wird niemals verhindern, dass weiter hin tausende von Frauen illegal ab-treiben. Trotzdem unterschreibe ich das Referendum nicht und bin auch verärgert darüber, das mit einer solch falschen Frage dafür gesammelt wird.

Ein JA zum Referendum führt führt in die Sackgasse

Wer das Referendum unterschreibt, hat damit keineswegs dem Willen zur Fristenlösung Nachdruck verliehen. Er unterschreibt ia lediglich, dass er Er unterschreibt ja lediglich, dass er gegen das neue Gesetz, das eine sozi-ale Indikation zulässt, ist. Seine Gründe für diese Ablehnung kann er nicht ausdrücken und ein Durchkom-men des Referendums – das heisst eine Verwerfung des neuen Gesetzes in einer Volksabstimmung – bringt die Fristenlösung nicht näher. Nehmen wir einmal an, das Volk ver-werfe bei der durch das Referendum erzwungenen Abstimmung das neue Gesetz! Dann ständen wir wieder vor dem status quo. Wir hätten null und nichts für die Frauen gewonnen. Was danach kommt, ist ungewiss. Diese Situation als die beste Voraussetzung für eine Durchsetzung der Fristenlö-sung anzupreisen, ist zu kurzschlüs-sig gedacht. Sie wird nämlich auch den Streitern für härtere Strafen ein offenes Feld lassen. Das Argument, man müsse einmal "alles zersprengen", um dann "neu anzufangen", ist wirr und unklar. Die Frage, welcher Weg aus einem solchen Null-Entscheid herausführen könnte, bleibt unbeantwortet.

Nehmen wir aber an, in der zu er-wartenden Abstimmung würde das neue Gesetz angenommen! Das bedeutet doch nichts anderes, als dass wir danach auf Jahre hinaus auf diesem unbefriedigenden Gesetz behaftet bleiben. Während jetzt das Gesetz mit der sozialen Indikation als Kommit der sozialen Indikation als Kom-promissvorschlag, den niemand recht verteidigen mag, dasteht und somit Chancen für Abänderungen hat, wür-de ein "Ja" des Volkes dazu diese un-befriedigende Lösung zementieren. Danach dann neue Wege für eine Li-beralisierung zu finden, scheint für lange Zeit recht aussichtslos zu sein. Das Referendum will also in einem allzu frühen Zeitpunkt eine Entscheidung erzwingen, die es so gar nicht erzwingen kann. Das Referendum stellt notgedrungen die Frage falsch, weil es nur einen Entscheid für oder gegen die soziale Indikation verlan-gen kann, der so oder so in eine Sack gasse führt, und weil es keine bessere Lösung anbieten kann. Nach wie vor denke ich, dass die Ar-

beit und der Druck der Frauen und aller fortschrittlichen Organisationen entscheidend dafür ist, wie die "Sozi-ale Indikation" gehandhabt wird. Da reicht ein wenig guter Wille aber nicht

aus. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass wir eine möglichst weitgehende Kontrolle über die Ärzte, Gutachter und Beratungsstellen bekommen und wir müssen darum besorgt sein, dass die liberalen Kantone nicht zurückbuchstabieren und sich als Wegbereiter für die Durchsetzung einer Entkriminalisierung der Abtreibung verstehen. Wie beim Frauenstimmrecht müssen wir uns auf einen langen Kampf gefasst machen

#### Das gibt zu denken

Zu einem überraschenden Ergebnis ist eine Untersuchung gekommen, die an der Universität Bern über die Stim-menverhältnisse am vergangenen 25. September gemacht wurde: Mehr Frauen als Männer haben die Fristen-lösung abgelehnt. 57 % der Nein-Stim-men kamen von Frauen, während 53 % der Ja-Stimmen von Männern eingelegt wurden.

Gleichzeitig aber stellt die Untersu-chung fest, dass die Frauen, die nicht zur Urne gingen, zum grössten Teil Befürworterinnen der Fristenlösung waren. D.h. vor allem Gegnerinnen der Fristenlösung gingen abstimmen, während die Befürworterinnen zu Hause blieben.

Die schamlose und verlogene Gegen-propaganda, die mit Abfalleimer, Blut und zerstückelten Embrios auf-rückte, um den Frauen klar zu ma-chen, dass sie fürs Selbst-Entscheiden nicht mündig genug seien, hat ge-wirkt. In diese Propaganda hat im übrigen die CARITAS 200'000 Fr. investiert, die katholische Kirche des Kantons Zürich 155'000 Fr. etc.. Aber auch dass die Frauen erst seit Aber auch dass die Frauen erst seit kurzem ihre politischen Rechte wahr-nehmen können, wirkt nach. Immer noch sind allzu viele Frauen davon überzeugt, ihre Stimme, ihre Mei-nung zähle nicht. Man hat uns zu lange daran gewöhnt, dass über uns ent-schieden wird.

Apt. PeriogliEmanzipation Meumarkt Strassell 8001 Ziirion Hammerstrasse 133, 4057 Basel Schweiz. Sozialarchiv

## Feminismus / Lesbianismus

#### Leserinnen-Brief

(Vgl. Artikel im Magazin "Frauen" Nr. 3)

"Allerdings möchten wir, genauso wie wir die Zudringlichkeit eines Manne der uns nicht interessiert, ablehnen, auch die Zudringlichkeit einer lesbi-schen Frau abweisen können, ohne uns den Vorwurf, wir seien frauen feindlich, einzuhandeln.

Dieser Satz hat mich als Lesbe mobilisiert. Was musst Du für eine Vorstel-lung von Lesben haben, wenn Du uns im gleichen Atemzug wie die Männer nennst. Hast Du schon von einer Frau gehört, die eine andere Frau vergewaltigt hat? Ich glaube auch Du gehörst zu den Menschen, die von gewissen Vorstellungen über Homosexualität

'Sie müssen um Selbstwert und Aner rennung ringen. Sie stehen unter dem Zwang, sich und den anderen beweiDieser obengenannte Satz kann nur von einer sogenannten "Normalen" stammen. Selbstwert und Anerkennung, dafür arbeitet jeder Mensch, Ich glaube, Du stehst unter dem Zwang, Homosexuelle als Normale akzeptieren zu müssen. Keine Lesbe in der Frauenbewegung versucht anderen zu beweisen, dass sie auch "Normal" ist. Im Gegenteil, ich finde man-che Hetero-Frau versucht in einer Art und Weise die Vorurteile gegen die Lesben die sie einfach nicht überwin den kann, mit einer überschwengli chen-übertriebenen Freundlichkeit zu Artikel vor: ich habe nichts gegen Lesben aber:.

Rosemarie und Ursula

#### Anmerkungen der Autorin

Liebe Rosemarie und Ursula, selbstverständlich bin ich geprägt von

"gewissen Vorstellungen über Homogewissen Vorstellungen uber Homo-sexualität". Welche Vorstellungen aber meint Ihr? Meiner Meinung nach bin ich von der herrschenden Vorstellung geprägt. Dies zu leugnen wäre dumm, das Gegenteil zu behaup-ten ist eine Plattitüde. Mein Versuch besteht darin, dass ich versuche von diesen herrschenden Vorstellungen wegzukommen. Ich versuche ein nüchternes Verhältnis zur Homosexualität zu bekommen, nicht wie ihr meint durch übertriebene, überschwängliche Freundlichkeit.

Ich greife euch in einzelnen Punkten an; nämlich überall dort, wo Lesben die Behauptung aufstellen: "Feminis mus ist die Theorie, Lesbianismus die Praxis" und den Anspruch stellen, dass sie "potentiell den Kern der Frauenbewegung" (aus: Lesbenfront) bilden. "Keine Lesbe in der Frauenbewegung versucht anderen zu beweisen, dass auch sie "Normal" ist", schreibt ihr. In Lesbierinnenkreisen

wird es tatsächlich neuerdings ver-pönt, sich als "lesbisch, aber normal" darzustellen. Solche Versuche werden als "Anbiederungsversuche" oder "Rechtfertigungsansprüche" abgetan. Meiner Meinung nach ist das aber ge-nau die wesentlichste Aufgabe, die ihr zu lösen habt. Mit ihrer Ablehnung ist sie nicht gelöst. Objektiv setzt euch doch die heterosexuelle Gesell-schaft als "abnormal" (bitte unterschaft als abnormal (bitte unter-schiebt mir nicht, dass ich damit ein-verstanden bin). Homosexualität ist eine natürliche Erscheinung, eine gül-tige Form der sexuellen Beziehung, wenn auch einer Minderheit. Ihr müsst doch in der Öffentlichkeit da-rum kämpfen, dass diese Tatsache ak-zeptiert wird! Um Selbstwert und Anerkennung ringen alle, das ist wahr Aber es haben es nicht alle gleich schwer, um ans Ziel zu kommen. Die Gesellschaft setzt durch die herr schende Meinung objektive Barrieren, die nur solidarisch überwunden werder den können. Edith Stebler

#### Beratungsstelle für misshandelte Frauen

Der Verein zum Schutz misshandelter Frauen eröffnete Ende November eine erste Beratungsstelle an der Lavaterstrasse 4; jeweils Mittwoch von 15 bis 21 Uhr informieren zwei von insgesamt 15 Frauen über rechtliche und psychologische Fragen. Der Verein wird der Kantons- und Stadtregierung demnächst ein Konzept für den Betrieb eines ganzen Hauses vorlegen. Stadträtin Lieberherr zeigt sich dem Projekt gegenüber wohlwollend. Marianne Pletschers Gesprächsproto-

kolle zum Problem der misshandelten Frauen ist unter dem Titel "Wegge-hen ist nicht so einfach" im Limmat-Verlag erschienen. 108 Seiten, Fr.

#### OFRA-Uni: Wer sind wir?

Ein Informationsabend an der Uni über Ziele und Arbeitsmethoden der OFRA – wobei sich die verschiedenen Arbeitsgruppen vorstellten – war gut besucht und brachte eine angeregte Diskussion. Es scheint, dass an der Uni nicht in erster Linie Studentinnenprobleme, sondern ganz allge mein Frauenfragen interessieren. Es wurde beschlossen, sich einmal im Monat regelmässig zum gemeinsamen Mittagessen in der Mensa zu treffen.

#### "Frauen im Befreiungskampf"

Die Veranstaltung der OFRA-Zürich über die Integration der saharauischen Frau in den Emanzipationskampf eines ganzen Volkes für Selbstbestimnes ganzen Volkes für Selbstübstüm-mung und Unabhängigkeit stiess auf lebhaftes Interesse und brachte 160 Franken ein, die dem Unterstützungs-komitee für das saharauische Volk überwiesen wurden.

#### CONDIEM: Beratungsstelle der italienischen Frauen

Nach der Tagung der ausländischen Frauen in der Paulusakademie 1975, an der das Manifest der ausländischen Frauen verabschiedet wurde, sind die Ausländerinnen nicht untätig geblieben. Die Federazione Colonie Libere Italiane (FCLI) (die grösste Massenor ganisation der italienischen Emigranten) wählte an ihrem Kongress von 1975 eine Frauenkomission, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die im Manifest aufgestellten Forderungen wei-terzuverfolgen und zu deren Realisierung beizutragen.

rung beizutragen. Um die Situation der italienischen und spanischen Emigrantinnen in der Schweiz genauer zu ergründen, hat die Frauenkomission der FCLI zusammen mit dem Soziologischen Institut der Uni Zürich eine Befragung von über 600 italienischen und spanischen Frauen in der Schweiz durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen zwar noch nicht alle vor, aber schon aus den Erfahrungen der Befragung wurde deutlich, dass bei den Ausländerinnen ein grosses Bedürfnis nach Information in allen möglichen Bereichen besteht. Um diesem Bedürf-Bereichen besteht. Um diesem Beduit-nis entgegenzukommen hat die zür-cher Frauengruppe der FCLI anfangs November an der Magnusstrasse 10 eine Beratungsstelle eröffnet. Die Be-ratungsstelle, die zweimal wöchent-lich (Mo 14.00 - 18.00 und Fr 18.00 - 21.00) geöffnet ist, wird von den Frauen der FCLI selbst geführt in enger Zusammenarbeit mit schon beste-henden Informationsstellen der Aus-länder, und mit Unterstützung fort-schrittlicher Ärzte und Juristen, Gewerkschaftern und anderen Frauenorganisationen.

Es zeigt sich schon jetzt, wenige Wochen nach der Eröffnung, dass die Ausländerin in der Schweiz mit riesigen Problemen konfrontiert ist, die natürlich nicht allen durch die Beranaturien nicht aller durdet die Bera-tungsstelle gelöst werden können. Deutlicher denn je wird sich die Not-wendigkeit zeigen, dass Schweizerin-nen und Ausländerinnen gemeinsam auf allen Ebenen und mit allen Mitteln für die Verbesserung der Situa-tion der Frauen kämpfen und ganz besonders für jene Frauen, die in unserer Gesellschaft 3-fach benachteiligt sind: als Frauen, als Arbeiterinnen und als Ausländerinnen.

## Reserve zurück an den Herd

#### Frauenarbeitslosigkeit:

hr) "Frauenarbeitslosigkeit oder zurück an den Herd!" so heisst ein gerade in der Bundesrepublik bei "rororo aktuell" erschienenes Taschenbuch, das uns Schweizer Frauen sehr viel angeht, weil darin Zahlenmaterial enthalten ist, wie es in der Schweiz dank ihrem chronischen Mangel an statistischem Material nicht zugänglich ist, und weil man davon ausgehen kann, dass die Reservefunktion der Frauen in den entwickelten kapitalistischen Ländern vergleichbar ist. Eindrücklich steht dafür die statistisch nachgewie sene Zahl: zwar ist nur knapp jeder dritte Erwerbstätige, aber jeder zwei-te Arbeitslose eine Frau. Die Auto-rin, Herta Däubler-Gmelin, ist als Sozialdemokratin seit 1972 im deut-schen Bundestag. Vehement spricht sie sich gegen eine

#### Fortsetzung von S.1

lange die Frauen in der Schweiz nun schon auf die Verbesserung des Mut-terschutzes warten. An der Dezem-ber-Sitzung der Koordination wurde beschlossen, einen Ausschuss aller an der Lancierung der Initiative interessierten Organisationen zu schaffen. Jede Organisation wird bis Ende De zember ihre Vertreterin bestimmen. Anschliessend wird die Textbereinigung diskutiert. Nach dem Vorliegen des bereinigten Entwurfes haben sich die SP-Frauen drei Monate ausbedungen, bis die Initiative durch die Partei instanzen geschleust worden ist. Ein weiteres Datum, welches für die Ini-tiative sehr wichtig werden könnte ist die Delegiertenversammlung des BSF, die am 22. April stattfindet und an der die Initiative auf der Tranktandenliste steht.

#### Dampf aufsetzen

meinsam sind stark" in der Lancie-rung der Mutterschaftsinitiative be-stätigt und nicht relativiert wird. Zei gen wir, dass wir fähig sind über die parteiideologischen Differenzen hinweg zu einer gemeinsamen, positiven Aktion zu kommen! Schliessen wir uns zusammen für die gute Sache des Mutterschutzes. Setzen wir Dampf auf! Wir gewinnen alle dabei.

"positive Diskriminierung" von Frau-en aus, die in bestimmten Beschäfti-gungssonderprogrammen bestehen könnte, wie sie in der BRD für Behinderte gelten. Mit Recht befürchtet sie einen geschlechtsbezogenen Kon-kurrenzkampf um Arbeitsplätze, der die über 100 Jahre alten Bemühungen zunichte machen würde, den arbeiten den Männern, und seien sie auch Gewerkschafter, beizubringen, dass diewerkschafter, beizubringen, dass die-ses Konkurrenzverhalten eine schwä-chung der gesamten Arbeiterschaft bedeutet. Zusätzlich glaubt sie, dass damit die leider nicht wegzuredenden (nur wegzuhandelnden) weiblichen Defizite zementiert würden wie geringere Qualifikation, anerzogene Passivität und schnelle Bereit-schaft, den Rückzug anzutreten, wenn der Wind um die Ohren der Berufstätigen allzu scharf weht. Der windstille Hafen Haushalt ist ja für sehr viele Frauen erreichbar

#### Die Lage der arbeitenden Frauen verbessern!

Von ihren Vorschlägen zur Verbesse rung der Lage der arbeitenden (und arbeitslosen) Frauen hier eine Auswahl der besonders wichtig erschei

Ausgangspunkt ihrer Vorstellungen ist, dass "sich die Organisationsmän-gel unserer Gesellschaft nicht weiter hin bei Minderheiten niederschlagen (und dazu gehören auch die Frauen) die diese nicht zu verantworten ha-ben." Denn: "Unsere Gesellschaft braucht an sich alle verfügbare Arbeitskraft"

Aus diesem Grunde hält sie selbst in der BRD, wo bereits heute 91,5% aller Arbeitnehmer 40 Wochenstunaller Arbeitnehmer 40 Wochenstunden arbeiten, Arbeitszeitverkürzung für angebracht, auch wenn nachgewiesen wurde, dass die Beschäftigungswirkung nicht der Verkürzung der Arbeitszeit entspricht. Als Faustregel gilt: Ein Drittel der Arbeitszeitverkürzung wird "aufgefangen" (herauszeitigten wa und wie wären. (herauszufinden wo und wie wäre Sache der Gewerkschaft), zwei Drittel werden in Neueinstellungen umge wandelt. Eine Verlängerung des Jah resurlaubs würde rechnerisch ebenfalls einen hohen Beschäftigungseffekt haben. Das gleiche gilt tarifvertraglich begründeten Bildungs urlaub, der es vor allem den Frauen erlauben würde, ihr Bildungsdefizit aufzuholen und aus der Gefahrenzohne der "Ungelernten" herauszu-



Teilzeitarbeit ist gerade für Frauen ein wichtiges Kapitel, wobei allerdings ein Maximum an Wachsamkeit geboten ist. Denn: Teilzeitarbeit ist bisher nur in den unteren Bereichen aller zu vergebenden Arbeit möglich, nicht mit Aufstiegsmöglichkeiten verbunden, und: Teilzeitarbeit ist wirtschaftlich gleichbedeutend mit Arbeitszeitver-kürzung ohne Lohnausgleich. Das bedeutet: erst wenn Männer und Frauen gleichermassen Teilzeitarbeit erhalten können, wird das zu einer echten Neu verteilung aller familiären, beruflichen und gesellschaftlichen Pflichten führen. Frauen werden durch Teilzeitarbeit erst dann nicht mehr diskriminiert, wenn sie auch für qualifizierte Arbeit nehmer attraktiv wird, also mit Aufstiegsmöglichkeiten verbunden ist. Immer wieder wird bei uns versucht, mit Hinweis auf die Passivität der Frauen und ihr mangelndes Interesse an einer qualifizierten Ausbildung diesen die Schuld selber in die Schuhe zu schieben. Dieses Argument wird aber äusserst fadenscheinig, wenn man sich anschaut, wie in anderen Ländern, in Schweden und der DDR zum Beispiel, die Frauen sich die ihnen gebo-tenen Weiterbildungsmöglichkeiten zunutze machen. Der Verdacht er-

scheint begründet, dass es interessierte Kreise gibt, denen die Frauen gerade recht sind, so wie sie heute sind: als Reserve, die man beliebig ans Fliessband und an die Schreib-maschine zerren oder in die Küche schicken kann.

## Liebe eserin,

schon lange leidet die 'Emanzipation' unter ständigem Platzmangel. Schrei-berinnen, Redaktorinnen und Leser-innen haben dieses Übel immer wieder kritisiert. Dem wollen wir jetzt abhel-fen. Im neuen Jahr wird die 'Emanzipation' im doppelten Umfang erschei-nen. Und erst noch ein neues Gewand bekommen. Wir sind alle gespannt, was Sie zu der Umstellung sagen wer-den. Die Verdoppelung zwingt uns, auch mit dem Preis etwas zu steigen. Ab 1978 wird 'Emi' deshalb Fr. 1.30 kosten und im Abonnement Fr. 13.--Das Unterstützungsabonnement be-trägt neu Fr. 20.-- und das Solidari-tätsabonnement Fr. 25.--. Wir glauben die Verbesserung lohnt sich.